



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

### **General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1908**

72 (12.2.1908) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-332260](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-332260)

# General-Anzeiger



Abonnement:

10 Pfennig monatlich,  
Einsende 12 Pfg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Post-  
aufschlag 12. 243 pro Quartal,  
Einsend.-Nummer 8 Pfg.

(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Badische Neueste Nachrichten

Anabhängige Tageszeitung.

Inserate:  
Die Colonnade... 25 Pfg.  
Kurzweilige Inserate... 50 „  
Die Colonnade... 1 Mark

Gefesteste und verbreitetste Zeitung  
in Mannheim und Umgebung.

Täglich 2 Ausgaben  
(ausgenommen Sonntag)

Eigene Redaktionsbüros  
in Berlin und Karlsruhe.

Telegraph-Adresse:  
„Journal Mannheim“  
Telefon-Nummern:  
Direktion, Buchhaltung 1448  
Druckerei-Büros (Ein-  
nahmen, Druckarbeiten) 841  
Redaktion . . . . . 877  
Expedition und Verlags-  
buchhandlung . . . . . 918

Schluss der Inserateannahme für das Mittagsblatt Morgens 1/2 9 Uhr, für das Abendblatt Nachmittags 3 Uhr.

Nr. 72.

Mittwoch, 12. Februar 1908.

(Abendblatt.)

### Der Kampf um das preussische Wahlrecht.

Die neueste Nummer der „Jungliberalen Blätter“ beschäftigt sich in einem längeren Aufsatz ihres Herausgebers mit der preussischen Wahlrechtsfrage. Die Erklärung Bülows vom 10. Januar wird sowohl inhaltlich wie formell für recht unzureichend erklärt. „Es war eine unglückliche Laune, die Weigerung der Regierung zu einer vernünftigen Wahlrechtsreform in diese schroffen Worte zu kleiden.“ Die Erklärung des Reichstags, daß man versuchen werde, auch in Zukunft den Block aufrecht zu erhalten, zeuge davon, daß man in Deutschland reif werde, Politik zu treiben. Sehr verständlich werden die sozialdemokratischen Straßendemonstrationen beurteilt, sie bringen uns keinen Schritt einem vernünftigen Wahlrecht näher. Eine Hebertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen halten die „Junglib.“ in Uebereinstimmung mit der national-liberalen Partei aus tatsächlichen Gründen für unmöglich. Man möge theoretisch auf dem Standpunkte stehen, daß das Reichstagswahlrecht das höchstwertige Wahlrecht auch für Preußen sei. Die Durchführung dieser theoretischen Forderung aber werde erschweren an dem Widerstande erstens des preussischen Abgeordnetenhauses, zweitens an dem Herrenhaus und drittens an der preussischen Regierung. Sehr anerkennend sprechen sich die „Jungliberalen Blätter“ über das Verhalten der maßhaltenden Freisinnigen aus im Gegensatz zu dem unklugen und unpolitischen Verhalten der Sozialdemokratie.

Ueber die Freisinnigen muß man sich freuen. Der von ihnen eingeleitete Ausschuss soll ja nur eine planmäßige und einheitliche Agitation zur Bekämpfung des ungerichten und widersinnigen Dreiklassenwahlrechts, der öffentlichen Abstammung und der völlig veralteten Wahlkreiseinteilung durchzuführen. Das unterscheidet sie von den „Junglib.“. Denn auch wir zweifeln nicht daran, daß das bestehende Wahlrecht ebenso ungerichtet wie widerständig ist, daß die öffentliche Abstammung nicht der politischen Bildung unseres Volkes entspricht und daß die Wahlkreiseinteilung eine veraltete ist. Durch diese Frage Laune der Freisinnigen läßt sich viel für den nächsten Landtagswahlkampf hoffen.

Die „Jungliberalen Blätter“ würden es begrüßen, wenn die preussische Wahlrechtsreform sich in der Richtung auf ein Mehrstimmrecht nach belgischem Muster bewegen würde. Der Artikel schließt:

Wie dem auch sei, fest steht, daß wir zunächst in eine Agitation eintreten müssen, um zu einem günstigen Resultate in der Wahlrechtsfrage zu kommen. Man mag über das gleiche Wahlrecht verschiedener Ansicht sein. Das ist Sache des Temperaments als auch des Verstandes. Und hierüber läßt sich mit den Einzelnen schwer diskutieren. Reden aber müssen wir, daß uns auch in Preußen zum mindesten die direkte, die geheime Wahl und eine gerechtere Wahlkreiseinteilung gegeben wird. Und das möglichst bald!

Nachdem die Freisinnigen eine ungemein ruhige und energische Agitation über die ganze Monarchie hin begonnen haben, wollen wir hoffen, daß die Wählungen der „Jungliberalen Blätter“ an die Nationalliberalen Preußens nicht ungehört verhallen. Noch hört man von einer national-

liberalen Agitation recht wenig. Aber die Nationalliberalen dürfen in dieser Frage unter keinen Umständen hinter den Freisinnigen zurückbleiben. Der Druck auf Bülow darf nicht nur von den Freisinnigen, er muß gemeinsam von allen liberalen Parteien Preußens ausgeübt werden. Zu dem Ende werden auch die preussischen Nationalliberalen sich entschließen müssen, Versammlungen einzuberufen und in Resolutionen die Stimmung und Wünsche der Wähler zu eruieren. Der Reichstagsband der nationalliberalen Jugend hat ja erst unlängst an seine angeschlossenen Vereine ein Rundschreiben gerichtet, in dem die Grundzüge der Behandlung der Wahlrechtsfrage angegeben waren. Es wäre ein tatsächlicher Fehler, wollten die Nationalliberalen den Freisinnigen die ersten kräftigen Vorstöße allein überlassen, so kostenswerter vom Gesamtinteresse des Liberalismus her die von Besonnenheit geleitete Wahlrechtsagitation der Freisinnigen auch sein mag. Auch der Nationalliberalismus muß marschieren, um dann geeint mit dem Freisinn schlagen zu können. Und auf dieses geeinte Schloßen kommt alles an. Bülow selbst ist in der Wahlrechtsfrage nicht so konsequent verhalten, wie seine Erklärung vom 10. Januar. Aber freilich verlangt er einen kräftigen Stoß von liberaler Seite, um die Erhaltung seiner bisherigen Ueberzeugungen vom preussischen Wahlrecht den Konföderalisten gegenüber gehörig und andringend motivieren zu können.

Die durch den Beschluß des Zentralvorstandes der nationalliberalen Partei eingeleitete Kommission zur Vorbereitung der preussischen Wahlrechtsreform hat bekanntlich ihre Arbeit in zwei Sitzungen beendet. Zur Entgegennahme des Berichtes findet am 1. März eine Zentralvorstandssitzung statt. Wir denken, daß in dieser Sitzung eine Einigung über bestimmte Richtlinien der Agitation und über die nationalliberalen Forderungen an die Wahlrechtsreform zustandekommen wird, eine Einigung, auf Grund deren dann eine Verständigung mit den Freisinnigen zu erzielen sein würde über die Aufstellung eines zur Zeit erreichbaren Mindestmaßes von Forderungen für die Reform des preussischen Wahlrechts. Das Ergebnis den Beratungen wäre dann ungezweifelt mitzuteilen und ungezweifelt müßten die nationalliberalen Vereine Preußens in die Wahlrechtsagitation eintreten, Schulter an Schulter mit den Freisinnigen und nicht minder zäh und eifrig als sie. Der Verlauf der Göttinger Versammlung zeigt, daß man auch auf freisinniger Seite das Bedürfnis empfindet und den Wunsch hegt, in der Frage der Reform des preussischen Wahlrechts mit den Nationalliberalen zusammenzuarbeiten. G.

Im Verein der entschiedenen Liberalen in Göttingen sprach Geheimrat Justizrat Professor R. v. Bar über die gegenwärtigen Aufgaben des Liberalismus. Er bezeichnete als höchste Aufgabe die Erreichung des allgemeinen, gleichen und geheimen Wahlrechts in Preußen und einer gerechteren Verteilung der Wahlkreise. Er gab einen Ueberblick über die Geschichte des preussischen Wahlrechts und wies nach, daß die geheime Wahl in Preußen nichts Neues sei. Schon im Jahre 1837 habe der damalige König von Preußen selbst es ausgesprochen, daß die geheime Wahl der Herrschaft-

ausdruck der Wähler sei. Das Ansehen Preußens sei in liberalen Zeiten stets gestiegen, dagegen in Zeiten der Reaktion zurückgegangen. Das Deutsche Reich würde unter allen Nationen die erste Stelle einnehmen, wenn es einer entschiedenen Liberalismus huldigte. In den Vortrag schloß sich eine längere Erörterung. Diese ergab, daß die Mehrzahl der Redner der Meinung war, man müsse sich in dieser großen Frage mit der nationalliberalen Partei zusammenfinden und gemeinsam das Erreichbare, was zu erreichen sei. Zum Schluß wurde einer Resolution zugestimmt, welche die Einführung des geheimen Wahlrechts in Preußen und eine gerechtere Einteilung der Wahlkreise für unbedingt erforderlich erklärt.

### „Das Wahlrecht des deutschen Biedermannes.“

In der „Lübinger Chronik“ hat dieser Tage der Staatsrechtslehrer Professor v. Thudichum einen Aufsatz über das „Wahlrecht des deutschen Biedermannes“ veröffentlicht. Der „Biedermann“ (die Wendung meint uns heutige ein wenig archaisch an) ist im Sinne des honnetten und wohlgeachteten Staatsbürgers zu verstehen. Der sich in seinem Wahlrecht dadurch benachteiligt fühlt, daß auch so viel minderwertige Front und frei darüber verfügen. Um dem entgegen zu wirken, schlägt Thudichum ein Gesetz folgenden Inhalts vor:

Art. 1. Von dem Recht zur Teilnahme an den Wahlen zum Deutschen Reichstag bleiben ausgeschlossen: 1. Diejenigen, welche sich durch vorsätzliche Verletzung einer in Reichsgesetzen mit Freiheitsstrafe bestraften unerlaubten Handlung unwürdig gemacht haben, nachdem ihre Schuld durch rechtskräftiges, richterliches Urteil festgestellt ist, nach Abgabe der folgenden Bestimmungen: a) Dauernde Unfähigkeit zur Wahl tritt ein durch Verurteilung a) zu Zuchthausstrafe, b) zu Gefängnisstrafe von einem Jahr. 2. Auf die Zeit von fünfzehn Jahren vom Tage des Urteils an verliert das Wahlrecht, wer zu Gefängnisstrafe von 6 Monaten oder zu Freiheitsstrafe von 6 Monaten oder darüber verurteilt worden ist. Dauernde oder zeitliche Verlust des Wahlrechts tritt nicht ein, wenn die Gefängnisstrafe oder Freiheitsstrafe verurteilt ist in den Fällen des Strafgesetzbuches §§ 93, 97, 98—101, 166, 185, 200, 201—210, 203—204 u. s. w. (Die Ausnahmen wären im Gesetz vollständig aufzuführen.) 3. Eine solche Ausnahme vorliegt, hat der Richter in seinem Urteil auszusprechen. 2. Ausgeschlossen vom Wahlrecht bleibt auf die Dauer von 15 Jahren derjenige, welcher sich in den letzten 5 Jahren während einer Zeit von mehr als drei Monaten der gesetzlichen Fürsorge für Frau und Kinder entzogen hat, so daß diese aus öffentlichen Mitteln Armenunterstützung erhalten mußten. Das Erlöschen hierüber heißt der Gemeindegemeinde zu. Die Bestimmungen des Reichswahlgesetzes vom 31. Mai 1869 § 2 Absatz 2 und 3 werden aufgehoben.

Art. 2. An der Wahl können nicht teilnehmen diejenigen, 1. welche sich zur Zeit der Wahl in Strafhaft befinden; 2. welche auf Grund gerichtlichen Beschlusses in Unterjuchungshaft genommen sind.

Art. 3. Diejenigen, welchen nach Artikel 1 § 1 und 2 das Wahlrecht fehlt, können auch nicht gewählt werden, und sie verliert die aus einer Wahl hervorgegangene Rechte.

Als bei den deutschen Wagnerfreunden, weil ihre Sache noch nicht vollständig zum Siege geführt werden konnte. Die Künstler der verschiedenen Nationen drängen sich nach Deutschland, um hier Wagnerjäger zu werden. Seit Goethe und Wagner hat kein Deutscher einen solchen Weltanschauung erobert, wie Wagner, so es übertrifft derjenige den jener beiden insofern, als die Kunst die wahre Weltanschauung von jeder gewiesen ist und noch heute bildet.

Was alle die Wirkung ins Weite betrifft, so haben die verschiedenen 30 Jahre zweifellos gewaltigen Fortschritt gemacht. Allein wie steht es mit der Wirkung in die Tiefe? Wie steht es vor allem mit der Wirkung, die Wagners Persönlichkeit und Leben selbst hervorgebracht hat? Denn das Schicksal einer genialen Persönlichkeit, sein Leben im ganzen ist ja doch selbst sein Werk, ein Kunstwerk, es ist eine Mahnung, eine Lehre — und das Vermächtnis eines Genies ist nicht voll aufgenommen und ausgeführt, wenn man nicht auch das Vermächtnis seines Lebens annimmt und würdigt.

Kein Jung in Wagners Leben tritt so stark und so charakteristisch hervor, wie der der Vereinerkennung. Meine Einsamkeit ist fürchterlich. Nur wie auf höchster Bergeshöhe kann ich mit diesem ungenügenden Leben mich erheben“, so schrieb er im Jahre 1864. Ein andermal besaß er sich der Schwärmer Cécile gegenüber, wie völlig unzufrieden selbst über die Nachstehenden über die Höhe seines Lebens sein. Nun liegt in der Natur des Genies eine gewisse Notwendigkeit zu solcher inneren Vereinerkennung; das darf wohl zugegeben werden; daß sie aber so tragische Formen, eine so fürchterliche Intensität erreicht, wie es in Wagners Leben der Fall war; das ist keine Notwendigkeit, das ist Schuld. Und Wagner selbst wußte recht wohl, wober sich dieser Zustand schrieb. Die Ursache lag darin, daß die Philisterwelt um ihn mit unendlichen Hülsen auf ihre „praktische Klugheit“ über die Welt des Künstlers hinweg, auf ihn herab sah. Der Welt war etwas anderes Realität, als ihm; alle Welt ist eben nur praktisch; bei mir aber gewinnt das Ideale solche Realität,

### Richard Wagner und die Deutschen 25 Jahre nach seinem Tode.

In Wagners Todestag, 13. Februar.

Von Cyril Fijer.

(Nachdruck verboten.)

Als Richard Wagner vor 25 Jahren dahinschied, war die große Weiserkraft, deren Gegenstand und deren Helfer er wurde, in der Hauptfrage entschieden. Wohl hatte der Meister und seine Kunst noch immer zahlreiche Feinde und sie haben ihre Angriffe noch lange Zeit fortgesetzt, aber sie wußten damals doch wohl schon selbst, daß ihre Sache verloren sei. Sie mußten es verstehen, angesichts des ungeheuren Einbruchs, den die Todesnachricht in der ganzen Welt hervorrief. Es ging jener elektrische Schlag durch die Kulturmenschen, den sie nur empfanden bei einem einmütigen Gefühl, daß einer von den Großen der Erde dahingegangen ist. Wir haben diesen Schlag später noch einmal empfunden, als Wagner von uns schied; wir werden ihn kaum so bald wieder empfinden, denn die Welt ist penibel geworden. Wer aber noch zweifelte, der mußte in jenen Februartagen des Jahres 1883 erkennen, daß die Welt sich endgültig vor Wagners Größe gebeugt hatte.

Der Kampf um Wagner war also entschieden; seine Wirklichkeit aber begann erst nach seinem Tode sich in größtem Maßstabe zu entfalten. Denn dieses gehört zur Natur des Genies, daß es während seines ganzen Lebens ringt und kämpft — weniger, um sich durchzusetzen, als vor allem, um gegen die zahlreichen Widersprüche dieser Welt sein Werk, wie es ihm der Gott im Innern gebietet, zu vollenden. Mit seinem Tode aber ist sein Werk abgeschlossen, ein plastisch vollendeter Ganzer, die Welt vermag nichts mehr darüber — und so beginnt nun erst seine Wirklichkeit. Ja, das Schicksal und die Persönlichkeit eines Genies bilden nicht nur ein Vermächtnis an die Nachwelt, sondern auch eine Aufgabe für sie. Diese Aufgabe liegt darin, daß

das Genie eine jede Generation von neuem zwingt, zu ihm Stellung zu nehmen. Eine jede muß von neuem untersuchen, worin sie seine höchsten Leistungen, worin sie seine Grenzen erblickt — und eine jede muß sich des Wertes unterziehen, ihn zu überwinden. Denn wieviel das Werk des Genies stets unantastbar stehen bleibt, so fordert doch jede geniale Persönlichkeit die Nachwelt geradezu dazu heraus, auch über ihn weiterzudenken, ihn nicht als eine Barre zu behandeln, die den ferneren Kulturfortschritt hemmt. In einem alten Einakter von Hugo Müller, dessen Held Beethoven ist, rufte dieser Komponist einmal verzweifelt aus, daß sei ja eben das Anglied des Genies, daß ihm zuerst die Anerkennung verweigert werde und daß es dann, wenn man ihm die gebührende Stellung eingeräumt habe, selbst wieder zum Hindernis werde für die nachdrängenden jungen Kräfte.

So ist es denn recht und gut, wenn man sich heute des Lebens und des Todes des Meisters erinnert, aber der Tag fordert auch zu Erntestücken auf. Er fordert uns auf, in uns hineinzuwenden, und die Frage vorzulegen, ob wir und wie wir Wagners Vermächtnis aufgenommen und vollstreckt haben. Der Meister selbst hat ja einmal sehr energisch gegen eine lebende Unterdrückung von Genieskräften erklärt. Eine Unsterblichkeit ist einmal Lebendiges — oder sie ist keine.

Wir wiederholen: Wagners Wirklichkeit ist seit seinem Tode und Unermehliche gegangenen. In diesen 25 Jahren ist er zum Vorkämpfer der deutschen musikalischen Bühne geworden. Seine Kunstwerke werden mehr gespielt, als die irgend eines anderen dramatischen Komponisten, sie sind die Kräfte des Rennens jedes Bühnenkünstlers. Sie sind die Ziele ihres Ehrgeizes geworden. Denn aber hat sich Wagner in einem fast unerbürdeten Siegeszuge innerhalb des letzten Vierteljahrhunderts auch das geliebte Ausland erobert. In England, in Frankreich, in Spanien, Italien und Amerika feiern seine Werke vollkommene Siege. Heberall heißen Wagnergelehrten, in denen zum Teil, wie z. B. in Frankreich, das Feuer sogar noch heißer brennt,

Art. 1. Auf Ansuchen des Verstorbenen und nach Anhörung des vereintlichen Gerichtshofes kann das Wahlrecht im Weg der Erbschaft wieder hergestellt werden; außerdem durch Beschluß des obersten Landesgerichts.

Art. 2. Dieses Gesetz findet auch Anwendung auf die Weibler zu Landtagen und zu Kommunalvertretungen und Kamern.

Es bedarf keines weiteren Beweises, daß einzelne dieser Bestimmungen eine wahrhaft draconische Strenge atmen. Mit dem Generalisieren ist das ja immer eine harte und unerschrockene Sache. Jemand kann in jungen Jahren gestreut, sogar recht ernsthaft gestraucht sein, und sich dann durch ein ganzes langes Leben bemüht haben, die Verfehlungen abzuhäuten und wieder gut zu machen. Wäre es da recht, ihn nun für immer in die zweite Klasse des Bürgerstandes zu versetzen? Billig, bei jeder Wahl ihn und seine Mitbürger von neuem an Vergangenes und Vergessenes zu mahnen? Daneben gibt es viele (die „Boll. Ztg.“ erinnert mit Recht an die abducierte Sekte der Juhälter), die sich mit Glück an Straf- und Untersuchungsarbeit vorbeiwolltieren, und die auf dies Ehrenrecht des deutschen Mannes dennoch sicher keinen Anspruch haben. Also so ganz einfach ist das Problem nicht zu begreifen. Wie wir denn überhaupt den Beruf unserer Zeit zur Aenderung der Gesetzgebung über die Reichstagswahlen nachdrücklich beweisen möchten. Wir stehen allen diesen Wahlrechtsfragen, in denen (verständige Leute sollten gar nicht erst darüber streiten) es doch ebensowenig wie sonst irgendwo in der Welt etwas absolut Wahres und Richtiges gibt, noch viel zu leidenschaftlich und zu befangen, noch gar nicht kühl und objektiv genug gegenüber. Wer hier zu Besseren verdrachte, würde zu seiner schmerzlichen Ueberzeugung bald genug inne werden, wie im nämlichen Moment auch diejenigen Kräfte und Wünsche sich meldeten, die nach durchaus entgegengegesetzter Richtung streben. Das Bessere heißt nun einmal das Gute Feind. Das klingt trivial; ist aber dennoch richtig. Anders steht es mit der Forderung Thuidismus, diejenigen auf fünfzehn Jahre vom Wahlrecht auszuschließen, die durch ihre Schuld Frau und Kinder der Armenunterstützung verfallen ließen. Damit wird Thuidismus den bisherigen Uebelstand beseitigen, daß unbescholtene Männer ihr Wahlrecht einbüßen, weil sie gerade Armenunterstützung empfangen oder im letzten Jahre empfangen haben. Ueber diesen Punkt würde man sich gewiß ohne weiteres verständigen. Daß Armut nicht schändlich und nicht schänden darf, darüber sind wir uns wohl so ziemlich alle einig. Diese Bestimmung unseres Wahlgesetzes ist durchaus veraltet. Sie entspricht nicht mehr unseren geklärten sozialen Auffassungen.

### Politische Uebersicht.

Wannheim, 12. Februar 1908.

#### Der „Reichsparteiliche Verein“ in Freiburg i. Br.

Ueber den in Freiburg i. Br. neugegründeten „Reichsparteilichen Verein“ besteht vielfach die Meinung, als beabsichtige er, die Ziele des Zentrums zu fördern. Diese Auffassung ist wohl durch ein Flugblatt des Vereins hervorgerufen worden, das ein Zusammengehen der Gemäßigten unter den Konservativen, Liberalen und Zentrumshängern im badiſchen Lande anzubahnen versuchte. Ein Vortrag, den der kaiserliche Generalkonſul z. D. Dr. S. Galli über die Ziele und Bestrebungen des Vereins gehalten hat und der uns nun im Druck vorliegt, belehrt uns darüber, daß mit der beabsichtigten Sammlung gemäßigter Anhänger verschiedener Parteien keineswegs eine Unterstüßung der Zentrumspolitik geplant ist. Vielmehr geht der Verein dabei von der Erkenntnis aus, daß dem schwarz-roten Uebergewicht nur durch geschlossenes Zusammengehen aller übrigen Wähler begegnet werden könne. Er sieht in den Konservativen und Liberalen die Grundpfeiler einer gesunden Entwicklung. „Vereint können sie einen Wall bilden gegen den zerschenden Einfluß der Sozialdemokratie und den reichsfeindlichen Ansturm ultramontaner Herrschaftsgelüste.“ — Darum führt der Verein unter seinen Leitenden auch die folgenden beiden Punkte an: „Zusammenwirken mit allen nationalen Elementen wider die Sozialdemokratie; Bekämpfung reichsfeindlicher ultramontaner Bestrebungen.“ Das sei festgestellt gegenüber irrigen Auffassungen von Zweck und Zielen des „Reichsparteilichen Vereins“.

### Deutsches Reich.

(Zur Verschmelzung der Handlungs- und Handlungsgesellschaften) wird folgende Resolution mitgeteilt:

Die gelegentlich einer Vertrauensmänner-Versammlung am 9. Februar 1908 in Reunkirchen (Reg.-Bez. Trier) versammelten Mitglieder des Verbandes Deutscher Handlungsgesellschaften (Walz-Soar-Nolck-Gau) erklären sich gerne

daß sie meine Wirksamkeit ausmache.“ So bestimmt sich die Schuld der Zeit dem Meister gegenüber dahin, daß sie die Realität der idealen Mächte nicht verstand. 23 Jahre sind nun seit seinem Tode dahingegangen — sind wir in diesem Punkte weiter gekommen? Hat die Welt gelernt, daß die wahrhaft realen Mächte in dieser Welt nicht die sind, die in Mark und Pfennigen ausgedrückt sind, sondern daß es allein der schöpferische Geist ist, der Werte, der Realitäten schafft kann? Nach Worten zu urteilen, müßte diese Frage gewiß bejaht werden. Ist doch kaum je weißlich über Kunst und Künstler so viel gesprochen und geschrieben worden, wie in diesen Tagen; auch will man ja eine Kunstverehrung verwirklichen, wohl gar die Kunst in die Schule einführen. Und dennoch wird im öffentlichen Leben, es handelt sich um welche Fragen es wolle, keine Rücksicht so verächtlich behandelt, als die auf die Künste, und keine Gesichtspunkte werden so mißachtet, wie die künstlerischen. Worte und Taten stehen in diesem Punkte in klarem Gegensatz. Nach wie vor sind die Künfte für die angesehenen Mitglieder unserer Volksgenossen doch nur die Objekte der Unterhaltung, des Vergnügens, des Genusses, aber nicht reale, praktische Dinge und Tätigkeiten, und der Künstler ist und bleibt eine Art feinerer Wählgänger, ob er als Maler oder Komponist, als Dichter oder Bildhauer wirke. Ja, man muß noch weiter gehen und sagen, daß jener materialistische Geist, der die Welt mit dem ganzen völkerverhüllenden Dunkel „praktischer Angelegenheit“ betrocknet und bewirkt, im letzten Vierteljahrhundert sich nur noch weiter entwickelt hat. Es ist anerkannt, daß in Deutschland nie zuvor ein so ungeheurer materialistisch-moralischer Geist geherrscht hat, wie her-

mit dem von der Verbandsleitung angebahnten Friedensschluß mit dem Deutschnationalen Handlungsgesellschaftenverband unversehens, da ein solcher für den ganzen Handlungsgesellschaftenstand nur den größten Tragweite sein kann. Dagegen protestieren wir vorerst gegen eine Verschmelzung mit dem Deutschnationalen Handlungsgesellschaftenverband unter den gegenwärtig bestehenden Verhältnissen, da wir von dem Gedanken überzeugt sind, letztgenanntem Verbands kann es nur darum zu tun sein, unterem Verbands die Hand zur Freundlichkeit zu bieten, um daraus Vorteile zu ziehen. Unser Verband Deutscher Handlungsgesellschaften in Leipzig, der sich seit Bestehen eines guten Rufes im allgemeinen erfreut, welcher gerade in den letzten Jahren sozialpolitisch energisch tätig war und vor allen Dingen fortschrittlich wirkte, warum soll dieser nicht mehr den Mut haben allein zu marschieren? Und was soll schließlich aus unsern glänzenden diversen Kassen werden? Was bieten uns die Kassen des Deutschnationalen Handlungsgesellschaftenverbandes? Im Anschluß an eingereichte Resolution von andern Seiten halten auch wir an unserm Standpunkte fest, solange, bis uns eine Gewähr geboten wird, daß das Vorhaben vonseiten des Deutschnationalen Handlungsgesellschaftenverbandes ein unform Stände gemäß ehrlich gemeint ist.

(Der Provinzialvorstand der national-liberalen Partei der Rheinprovinz) hielt am Samstag, 8. Februar, in Köln eine Sitzung ab, in der nach einer Reihe wichtiger geschäftlicher Mitteilungen des Geschäftsführers der neue geschäftsführende Ausschuss gewählt wurde. — Der nächste allgemeine rheinische Vertreter- und Parteitag soll Ende Mai abgehalten werden. Die Abgeordneten Geheimrat Dr. Friedberg und Dr. Sieber haben sich als Redner zur Verfügung gestellt. Voransichtlich wird die Tagung in Düsseldorf stattfinden, doch soll darüber noch der geschäftsführende Ausschuss endgültig befinden. Außer diesem Allgemeinen Parteitag werden im Laufe des Monats Juni noch zwei Bezirksparteitage abgehalten werden, und zwar sind für den ersten die Städte Trier oder Kreuznach, für den zweiten Solingen in Aussicht genommen. — Die weiteren Ausdrücken erstrecken sich auf die „Deutsche Vereinigung“ und die „Christlich-Sozialen“. Anknüpfend an die Berichte des Generalsekretärs Keler einigte man sich dahingehend, der „Deutschen Vereinigung“ gegenüber eine zuwartende Haltung einzunehmen, die Abwehr der christlich-sozialen Angriffe, die jede Rücksichtnahme auf die Zugehörigkeit zum „Volk“ vermissen lassen, mit aller Energie einzuleiten. Es wurde als notwendig erachtet, den Kampf gegen diese Partei auf der ganzen Linie aufzunehmen, aber mit nur ehrlichen Mitteln durchzuführen.

### Rundschau im Auslande.

Ein Anschlag gegen den Zaren.

Der Pariser „Révival Diplomatique“ gibt unter Bezugung auf eine Quelle welche er als absolut zuverlässig bezeichnet, nachstehende Meldungen zur Erklärung der vor einigen Tagen über einen Anschlag gegen den Zaren verbreiteten Gerüchte:

Die plötzliche Rückkehr zu den autokratischen Ideen, das Vorbringen von Arme und Polizei, die Ermächtigung der Minister und die Aussicht auf die wieder bevorstehende Auflösung der Duma haben im Publikum starke Unzufriedenheit erregt und die Revolutionäre von neuem erweckt. Die Terroristen verzichten auf den Kampf in der Straße, in welchem sie sich unterlegen fühlen, und kehren zu Mitteln zurück, mit welchen die Revolutionäre den Kampf gegen Alexander II. geführt haben. Es ist ihnen wieder gelungen, sich wie in jener Zeit Verbündete im Innern des Kaiserpalastes zu gewinnen. Wie Alexander II. einstmals unter seiner Erbtochter das Schreiben mit seinem Todesurteil fand, so fand jetzt die Zarin auf dem Tische ihres Sohnes ein Schriftstück, welches den kleinen Thronerben zum Tode verurteilt und ankündigt, er werde ebenfalls wie sein gleichfalls verurteilter Vater Nikolaus II. der Bestrafung des Reiches entgegen. In gleicher Zeit entdeckte man durch einen Zufall elektrische Drähte, welche mit siebzehn an verschiedenen Stellen des Schlosses verstreuten Bomben verbunden waren. Die Polizei hat die jährlichen Wahlen gestrichelt, damit über diesen Fund nichts bekannt; trotzdem drangen Kandidaten in die Oeffentlichkeit, und daher stammten die Gerüchte über ein gegen den Zaren gerichteter Attentat. Sicher ist, daß die Terroristen heute, wie zur Zeit Alexanders II., Verbündete in der unmittelbaren Umgebung der kaiserlichen Familie haben.

Die Geschichte klingt sehr romantisch, aber schließlich in Russland ist mehr möglich als unsere Schulweisheit sich träumen läßt.

Eine Demonstration gegen König Edward.

König Edward, der sich zu kurzem Aufenthalt nach Brighton begeben hat, ist dort der Gegenstand unfreundlicher Kundgebungen von Seiten der Sozialisten geworden. Gleich bei seiner Ankunft versuchte ein größerer Trupp Demonstranten in seine Nähe vorzudringen, und es wußte eine starke Polizeimacht aufgeboten werden, um sie zurückzuhalten. Einer der sozialistischen Führer, Hardy, dem

malen. Und wie kurzschichtig, wie unpraktisch ist auch von seinem Standpunkte aus dies „praktische“ Denken! Die ungenügende Bedeutung, die die Kunst auch als wirtschaftlicher Faktor hat, bildet ein Problem, das noch lange nicht ausreichend bearbeitet und nur gelegentlich, z. B. von Pan und von Lichtward, gestreift worden ist. Nicht zu sprechen von den Hunderttausenden, ja Millionen, deren Arbeit und Erwerb unmittelbar mit den Künften zusammenhängt, oder von ihnen abhängt: wovon lebt denn heute Rom oder Florenz oder Athen, beides es nicht den Ruhm und Schatz seiner alten Kunst? Und selbst das numere Paris verliert Hunderttausende von Bewohnern, zöge es nicht durch den Ruhm an, die erste Kunststadt der Welt zu sein.

Siezen wir also an diesem Erinnerungstage ehrlich gegen uns und gegen den Meister: ein neuer Wagner, träte er heute aus, würde die Lage nicht gebessert, würde wieder in diese eilige Verwirrung gedrängt — und ob im kritischen Augenblicke seines Lebens sich wieder ein junger König fände, ihm das Leben zu retten: diese Kunst des Schicksals bleibt denn doch fraglich. So bleibt und dem Vermächtnis des Dichters gegenüber noch gar viel an uns und unserer Volks zu tun. Ja, sind wir ihm auch nur in seinem eigenen Werke treu geblieben? Es ist der Vopreuther Gedanke, den ich bei dieser Frage im Sinne habe. Tief angelehnt von dem Markt- und Geschäftstreiben der deutschen Theater wollte Wagner in Bayreuth eine Stätte schaffen, die außerhalb dieses Treibens gestellt und ganz und allein der Kunst, der Weisheit gewidmet wäre. Es bildet gleichsam den Schlußstein dieses Verstandes, die Weisheit der Vopreuther Schöpfung, daß Wagner sein letztes Werk, das Parsifal, Vopreuth allein überlassen wollte

es gelungen war, den Aordon zu durchbrechen, wurde verhoffet. Gegen 9 Uhr abends machten die Sozialisten, aus ihrem Klub kommend, einen vergeblichen Versuch vor dem Polizeibureau, Hardy zu befreien. Die Anzahl der Brightoner Sozialisten ist zwar klein, aber sehr rührig; so dürften sie vielleicht dem König den Aufenthalt in Brighton verleißen.

### Badische Politik.

Bezirkskommando Stodach.

Der Gemeinderat Stodach bittet um Aufnahme des folgenden, ihm von Königl. Bezirkskommando Stodach zugegangenen Schreibens.

Dem Wohlwollenden Gemeinderat der Stadt Stodach erwidert das Bezirkskommando auf das gefl. Schreiben vom 2. d. M. 809 sehr ergeblich, daß Tatsachen, welche die in den Tagesblättern gegen Wohlthelben erhobenen Beschuldigungen gerechtfertigt erscheinen lassen, hier nicht bekannt geworden sind; insbesondere müssen die Ausführungen über die Beziehungen zwischen Stadtbeförde und Bezirkskommando hier als nicht verständlich bezeichnet werden. Das Bezirkskommando glaubt sich zu der Annahme berechtigt, daß das beiderseitige Einverständnis ein durchaus gutes ist. Dem dortigen Ermessen darf hiernach das weitere ganz ergeblich anheimgegeben werden.

Lübbert.

### Das Deutschtum im Auslande.

Landesverband Baden des Allgemeinen Deutschen Schulvereins.

Die Wahl der Stadt Konstanz als Ort der Tagung unseres „Allgemeinen Deutschen Schulvereins zur Erhaltung des Deutschtums im Auslande“ in der Woche nach Pfingsten 1908 hat den Anstoß zu weiterer Ortsgruppenbildung am See gegeben. Am 1. Dezember wurde in Radolfzell bei Konstanz im Anschluß an einen Vortrag des Pfarrers Kathriner, zurzeit in Stein a. Rh., über seine frühere Pfarrgemeinde — die deutsche Sprachinsel Vosko (Surin) im Tessin — eine Ortsgruppe gegründet mit über 40 Mitgliedern, deren Leitung Realschulvorstand Schwarzhanz übernommen hat. Zur Folge der Bildung einer eigenen Frauen-Ortsgruppe mit schon gegen 50 Frauen und Mädchen, welche vorläufig noch unter der Leitung des Obmanns Dr. Groos, ihre Tätigkeit alsbald begann mit einer Weihnachtsfeier für die deutsche Schule in Vosko und einer Spende zur deutschen Volksschule der Südmark-Frauenortsgruppe in Radolfzell. Ueber die Tätigkeit dieses Schulvereins hatte Frau Kreuter-Gallé, die Obfrau dort, in einer Versammlung am 20. November berichtet, über Vosko der obengenannte Geistliche in der Hauptversammlung der Konstanz Ortsgruppe am 11. Dezember. In dem benachbarten Stodach fand am 15. Dezember die gutbesuchte Jahresversammlung statt, bei welcher Herr Professor Böing von Konstanz durch einen Vortrag über „Deutsches auf einer Orientreise“ erfreute und anregte. In unserem oberen Randebeil bestehen nun Ortsgruppen, außer den älteren in Heberlingen und Konstanz, in Stodach, Radolfzell und Singen, in Billingen, Kriberg und St. Georgen sowie in Waldshut, Lörrach und Schopfheim (welch letztere beide dem Gauverband Freiburg zugewiesen wurden).

### Bürgeranschaffungen in Schwellingen.

Schwellingen, 10. Febr.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung stand als einziger Punkt:

Anerkennung für Ankauf des Geländes zur Erstellung eines Realschulgebäudes.

Schon unterm 19. Juli d. J. hatte der Bürgerausschuß die Genehmigung zur Erstellung eines neuen Realschulgebäudes erteilt. Am 26. September wurde dem Bürgerausschuß eine Vorlage durch die Schulbaubaukommission unterbreitet, in welcher ein Kredit von 20000 Mark zum Ankauf einiger Grundstücke an der Johannisbrücke (zwischen Schwellingen und Pfersheim) als Platz für das besagte Schulgebäude angefordert wurden. Da in jener Sitzung der angeforderte Kredit nicht die erforderliche absolute Mehrheit der Erschienenen erhielt, mußte die Erledigung dieser Angelegenheit einer späteren Sitzung vorbehalten bleiben. Die Schulbaubaukommission hat sich nun in der Zwischenzeit nochmals ernstlich und gründlich mit der Platzfrage beschäftigt, war aber wiederum zu dem Resultat gelangt, den gleichen Platz als den zweckmäßigsten und billigsten dem Bürgerausschuß zu empfehlen. Der Bau der Realschule muß beschleunigt werden, damit das alte jetzige Gebäude frei wird, um für die in der Volksschule untergebrachte Gewerbeschule Räume zu gewinnen und so der Volksschule zwei neue große Lehrräume zuzuführen, welche dringend notwendig sind. Die heutige Vorlage fordert aber gegen die vorjährige nur 12000 Mark an, den Preis für das zur Erstellung des Schulgebäudes notwendige Gelände. Dieses ist zurzeit Eigentum der katholischen Kirchenkanzlei Heilbrunn, die für den Quadratmeter 6 Mark verlangt. Der Gemeinderat wollte. Der Sinne dieser Bestimmung lag nicht darin, daß Wagner gemeint hätte, der Parsifal könnte an anderer Stätte nicht ebensogut aufgeführt werden, wie in Bayreuth — er ist in Bayreuth ganz vorzüglich aufgeführt worden. Sondern es lag der Sinn des Vopreuther Parsifalmonopoles darin, daß es ein Symbol bildete für die Ausnahmestellung, die Vopreuth im ganzen deutschen Kraftbetriebe einnahm a. einnehmen sollte. Nur wenige Jahre nach — und der Schatz ist gefallen, der Parsifal wird frei. Wenn ein Handbuchmacher über den elenden Ramman, den er in seinem Leben zusammengeharkt hat, und seien es nur ein paar hundert Mark, eine lehrwürdige Vermögen trifft, so wird sie von dem Geiste mit heiligster Ehrfurcht geachtet. Wenn aber ein Künstler eine Bestimmung trifft über ein Werk, das er in freiem Schaffen der Nation zum Gedächtnis gemacht hat, eine Bestimmung, die er um der Nation willen und für ihre Kulturinteressen trifft: so braucht eine solche nicht verachtet zu werden. Also wollte es die Weisheit unserer Volkserziehung; und es scheint uns, daß diese Erinnerung an diesem Tage wohl am Platze ist. Sie mahnt uns Einkehr zu halten bei uns selbst. Sie mahnt uns daran, daß an solchen Tagen nicht nur der Erinnerung auch Verantwortung gebühligt werden dürfte, sondern daß wir viel mehr nach der Gegenwart, der Zukunft, der Wäldchen zu gedenken haben, die das Vermächtnis des Meisters und auferlegt. Ein bekanntes französisches Wort sagt, daß Adel verpflichtet; im selben Sinne darf man behaupten, daß der Besitz eines Genies die Nation verpflichtet.

glaubt, auf gutlichem Wege diese Forderung auf eine normale Höhe ermäßigen zu können, eventl. möchte Entzignung beantragt werden.

In der Sitzung waren einschließl. der Gemeinderäte 65 Mitglieder anwesend. Herr Bürgermeister Wipfinger erläuterte zunächst die den Mitgliedern zugegangene gedruckte Vorlage. Er versichert, daß die Schulhausbaukommission sämtliche in Betracht kommenden Plätze — es waren deren 6 — auf das gewinnhafteste geprüft habe.

H. A. M. Umhey ist mit diesem Vorschlag nicht einverstanden. Er rechnet eine Vertiefung des Hauptplatzes von 83000 Mark aus, und zwar würden die Fundamente 6000 Mark mehr, das Auffüllen 18000 Mark, Kanalisierung und Einfriedigung 3000 Mark, Rechtsanwand für 4 Fronten 6000 Mark beanspruchen.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

H. A. M. Schmitt ist ebenfalls nicht für den vorgeschlagenen Platz zu haben. Er zieht die Stadt Heidelberg als Beispiel an, wofür in der Platz mit großen Kosten neue Schulhäuser erstellt worden seien.

Bürgermeister Wipfinger gibt dahin Ausschluß, daß der eine Platz auf 35000 Mark, der andere sogar auf 180000 Mark zu stehen käme.

H. A. M. Schmitt legt noch einmal eine Forderung ein für die Beschleunigung der Innenstadt durch Erstellung eines fünfstöckigen Realschulgebäudes. Der geplante Platz sei ein „Schneckenloch“ ersten Ranges; auch sei die Straße wesentlich beeinträchtigt durch das viele Wandertreiben auf den Bahngeländen.

Bürgermeister Wipfinger kann diesem Wunsche nicht stattgeben, da nur die Bewilligung des Credits Sache des Bürgermeisters, die Platzfrage aber an und für sich Sache der Baukommission sei.

Fabrikant Vettermann wünscht nach Auskunft darüber, was aus dem alten Realschulgebäude werden soll.

Bürgermeister Wipfinger erwidert, daß man zunächst die Gewerbeschule aus dem Gebäude der Volksschule herausnehmen und im feierlichen Realschulgebäude unterbringen müsse.

Damit war die Frage gehend erörtert und es wurde nunmehr zur Abstimmung gefordert. Diese ergab für die Vorlage 35 Stimmen, gegen diese 29 Stimmen.

### Aus Stadt und Land.

Wonnheim, 12. Februar 1908.

Kindervorstellungen im Hofgarten. Inzwischen der Mittwoche des Februartages fanden am Samstag und Sonntag nachmittags im Hofgarten des Hofgärtens Kinder- und Puppentheater Vorstellungen statt. Die jedesmal ein ausverkauftes Haus brachte und den ungeteilten Beifall von Groß und Klein erlangte.

Das neue Wochen-Programm im Union-Theater. P. 6, 20. dessen einzelne Stücke aus dem Inzerat im Müllergäßchen erhältlich sind, liefert volle Garantie für einen befriedigenden Besuch.

### Polizeibericht vom 12. Februar.

Feuer entband gestern mittags 12 1/2 Uhr in einer Werkstätte in N. 2, 1, wodurch ein größeres Quantum Papier verbrannte. Der Schaden soll sich auf etwa 100 Mark belaufen.

Im Hause Kupfer-Anlage 17 brach am 10. d. Mts. vor-mittags dadurch ein Zimmerbrand aus, daß ein Eisenblech Feuer fing.

Ward in Berlin. Am 27. Januar 1908 wurde in Berlin in ihrer Wohnung die vermittelte Anna Wiesner, geborene Bretschneider, vom jamaikanischen Politz, er mordet aufgefunden.

Unaufgeklärte Diebstähle. Von noch unbekanntem Täter wurden in letzter Zeit hier entwendet: 1. in der Nacht vom 5. auf 6. d. Mts. aus dem Zeugung Kellerstraße 10 zwei weisse, zum Tragen aufgebundene Braunrotkehlchen.

Unaufgeklärte Diebstähle. Von noch unbekanntem Täter wurden in letzter Zeit hier entwendet: 1. in der Nacht vom 5. auf 6. d. Mts. aus dem Zeugung Kellerstraße 10 zwei weisse, zum Tragen aufgebundene Braunrotkehlchen.

Unaufgeklärte Diebstähle. Von noch unbekanntem Täter wurden in letzter Zeit hier entwendet: 1. in der Nacht vom 5. auf 6. d. Mts. aus dem Zeugung Kellerstraße 10 zwei weisse, zum Tragen aufgebundene Braunrotkehlchen.

Unaufgeklärte Diebstähle. Von noch unbekanntem Täter wurden in letzter Zeit hier entwendet: 1. in der Nacht vom 5. auf 6. d. Mts. aus dem Zeugung Kellerstraße 10 zwei weisse, zum Tragen aufgebundene Braunrotkehlchen.

Unaufgeklärte Diebstähle. Von noch unbekanntem Täter wurden in letzter Zeit hier entwendet: 1. in der Nacht vom 5. auf 6. d. Mts. aus dem Zeugung Kellerstraße 10 zwei weisse, zum Tragen aufgebundene Braunrotkehlchen.

schlebernen Portemonnaie, 3 Mark barem Geld, 1 Schlüssel und 1 kleines Notizbuch, 8. am 10. d. Mts. im Hause P. 2, 10 ein schwarzer Gehrock mit Firmenzeichen „Adolf John, Tüschchen o. C.“ und 1 schwarzer Jackettanzug mit dem Firmenzeichen „Adolf John, Tüschchen“.

Verhaftet wurden 26 Personen, darunter 1 Schuhmacher von Ariesheim wegen Eitelkeitsverbrechen, 1 Tagelöhner von Ariesheim wegen Körperverletzung und 1 Mechaniker von Neuenheim wegen Urkundenfälschung.

### Bereinsnachrichten.

Ein italienisches Fest im „Casino“. Das diesjährige farnevalistische Hauptfest der Gesellschaft Casino kann mit Hug und Recht als einer der Höhepunkte des Wonnheimer Carnevals überhaup bezeichnet werden.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

Der Festabend den Rahmen zu einem italienischen Volksfest ab. Beim Eintreten von der Straße wurde dem Besucher schon klar, daß er fremdes Land betrat. Ein Schloßbau umschloß den Saal und erst nachdem der Grenzübertritt den Weg gepflüht hatte, erhielt man die Erlaubnis, zu passieren.

### Aus dem Grossherzogtum.

Heddesheim, 11. Febr. Anlässlich des 25jährigen Dienstjubiläum des Herrn Bürgermeisters Lehmann versammelten sich am Sonntag nachmittags 3 Uhr die Gemeinderäte u. Ortsangehörigen im Rathauskaffee, um dem Jubilar ihren Glückwünsche darzubringen.

Blankhob, 11. Febr. Die Einführung der Ver-  
sägensteuer hat eine bedeutende Steigerung der Steuerkapitalien  
im Gefolge gehabt, jedoch der Umlagefuß auf 41 Pfg. (bis-  
her 35 Pfg.) festgesetzt werden kann.

Hägelshausen, 11. Febr. In der letzten Bürger-  
ausschuss-Sitzung wurde der Gemeindevoranschlag für das  
Jahr 1908 einstimmig genehmigt. Die neuen Steuerkapitalien  
betragen a) Gegenstandssteuer 2442000 Mark, b) Steuerwerte  
des Betriebsvermögens 240000 Mark, c) Steuerwerte des Re-  
sidualvermögens 196000 Mark, d) Einkommensteueranschläge  
102570 Mark. Die Umlage wurde auf 50 Pfg. (im Vorjahr 75  
Pfg.) von 100 Mark Steuerkapital festgesetzt.

Heidelberg, 11. Febr. Der „P. B.“ schreibt: Gestern  
abend nach 9 Uhr ertönte vom Turm der Johanniskirche in  
Neuenheim Glockengeläute, wodurch die Einwohnerschaft  
aller Stadtteile in nicht geringer Aufregung versetzt wurde. Zu-  
nächst war alles des Glaubens, es brenne; da sich aber keine  
Feuerwolke bilden ließ, durchschwirren bald die wunderlichsten  
Vermutungen die Straßen. In Portugal sei ein neues Atten-  
tats verübt, meinten die Einen, „Der Kaiser sei gestorben“ die  
Anderen; wiederum andere waren des Glaubens, es werde  
mobil gemacht! Von heftigster Seite war nicht ohne die  
Grund des geheimnisvollen Rätsels zu erfahren. Selbst die  
Polizei, die sonst stets auf dem Laufenden zu sein pflegt, versagte  
als Auskunftsbureau. Schließlich hörte das Läuten wieder auf  
und die Einwohnerschaft gab sich mit dem Gedanken, daß der  
nächste Morgen das Rätsel Lösung bringen werde, wieder der  
unterbrochenen Nachtruhe hin. In der Tat brachte der heutige  
Morgen denn auch die Klärung. In einer der Privatkliniken  
der Bergheimerstraße war die Frau des in der Herstraße in  
Neuenheim wohnhaften Landwirts Arnold gestorben, deren Leiche  
nach Neuenheim überführt wurde und zwar auf Verlangen der  
Angehörigen trotz der vorhergehenden Stunde unter Trauerge-  
läute. Das war der Grund des Läutens, das sonst Heidelberg  
in Marmor bestreift hatte.

Winterport.

A.S.C. Die Weltmeisterschaften im Schnelllaufen auf dem Eis.  
Die am 8., 9. und 10. d. M. in Danzig auf der dortigen ideal  
angelegten Eisbahn zum Antrag kamen, nahmen bei hervorragender  
Teilnahme einen selten schönen Verlauf. Weltmeister  
für 1908 wurde, wie bereits mitgeteilt, der Norweger Oscar  
Wahlström, der sich über die Strecken von 1500, 3000 und  
10 000 Meter allen Gegnern überlegen zeigte. Der Norweger,  
der sich in glänzender Form befand, vermachte seine Niederlagen  
bis er eine Woche zuvor in der Europa-Meisterschaft gegen den  
Schweden Cohnen und den jungen Österreicher Thomas Bohrer  
gefallen hatte, völlig wieder neu zu machen. Er hatte zweifellos  
auch über die kurze Strecke von 500 Metern eine hervorragende  
Rolle gespielt, wenn er nicht in diesem Laufe gehetzt wäre. Heber-  
schend kam das Verlangen des Europameisters Cohnen, der sich  
eine Woche zuvor in Klagenfurt so überlegen gezeigt hatte. Auch  
sein Waiden und Saetherberg hatte man nach ihren bisherigen  
Leistungen besseres erwartet. Ueber lange Strecken zeigte sich  
Strozemil-Rimland von beider Seite, über die kurzen sein Land-  
mann Wilsander. Ausgeschieden schied auch der jugendliche Öster-  
reicher Thomas Bohrer ab, der speziell über die langen Strecken  
bei der hervorragenden internationalen Gewerkschaft Leistungen  
zeigte, die großes für die Zukunft verheißen. Österreich erhält  
damit einen vollwertigen Erfolg für den bewährten Altsmeister des  
Eis-Schnelllaufs, den Wiener Schilling, der in sämtlichen Werten  
der Weltmeisterschaft eine inferiore Rolle spielte.

Sport.

A.S.C. Die Wintermeisterschaft der Donnerskater nahm am  
Sonntag im Pariser Winterstadion ihren Anfang.  
Darragon, Contenet und Wolthour fanden sich in einem Dauer-  
fahren hinter großen Motoren gegenüber, das über eine Stunde  
währte. Darragon erlitt einen mäßigen Sieg, da seine beiden  
Gegner unter Motordefekten zu leiden hatten. Er legte in der  
Stunde 75 Kilometer 500 Meter zurück. Der Preis der Rab-West,  
ein 80 Kilometer-Rennen für Halbdonnerskater, sah Barent als  
Sieger in der Zeit von 23 Min. 15 Sec. In den Flieger-Rennen  
erhielt sich der alte Hünne Jacquelin, der das Hauptfahren  
mit dem Schweizer Dürflinger und dem Franzosen Martin gewann  
und auch das Wolk gegen seinen Landsmann Dupré zu seinen  
Gunsten zu entscheiden vermochte, überlegen.

Ein Wettwimmen „Über durch Frankfurt“ wird am  
Königsfesttag der Frankfurter Schwimmklub Reptun über eine  
Strecke von 6 bis 7 Kilometer veranstalten. Bekannte Konkurrenz-  
schwimmer werden in Paris und London.

Der Beginn der Automobilistenfahrt Neuport-Paris, die am  
8. Februar der sich geben sollte, ist auf Wunsch der französischen  
Teilnehmer auf heute verschoben worden. Die Anzahl der  
Teilnehmer ist bereits auf sechs zusammengeschrunken. Es barreten  
3 französische und je ein deutscher, Schweizer und amerikanischer  
Wagen.

Nachtrag zum lokalen Teil.

Das Kriegsgericht verhandelte heute nachmittags in der  
Grenadierkaserne gegen den Bizefeldwebel, der am Tage nach  
Kaiser Geburtstag seine Abteilung vom Exerzierplatze, wo Pfei-  
schüssen vorgenommen werden sollten, in eine nahegelegene Wirt-  
schaft führte. Der Bizefeldwebel erhielt wegen Ungehorsam und  
Mißbrauch der Dienstgewalt 3 Monate 1 Tag Gefängnis. Die  
Disziplinarstrafen, die gegen den Unteroffizier und die vier Ge-  
wehrenden vom Regimentskommandant verhängt worden sind, sind  
bereits verbüßt. Die Einjährigen müssen leit der Affäre in der  
Kaserne schlafen.

Von Tag zu Tag.

Gräßlicher Mord. Stuttgart, 12. Februar.  
Am Hause des „Neuen Tagbl.“ wurde heute vormittags gegen 10  
Uhr die 60jährige Wäscherin Christiane Fischer in ihrer  
Wohnung im zweiten Stock mit einer Stichwunde im Halse in  
ihrem Blute schwimmend tot aufgefunden. Die Tür war von  
außen verschlossen, der Schlüssel lag vor der Tür. Das In-  
strument, mit welchem der Mord ausgeführt wurde, ist bis jetzt  
noch nicht ermittelt. Die Tat scheint gestern verübt worden zu  
sein.

Strafanlage gegen den amerikanischen  
Bankier Morfe. Remscheid, 12. Febr. Der zur Unter-  
suchung des Geschäftsbetriebs der Bank eingesele besondere  
Gerichtshof erhob gegen den Bankier Charles Morfe die Anklage  
wegen Großdiebstahls.

Letz'e Nachrichten und Telegramme.

Wiesbaden, 12. Febr. Die Wiesbadener Handels-  
kammer beschloß in ihrer heutigen Sitzung, zusammen mit  
der Mainzer Handelskammer eine Interessentenversammlung zur

Verbreitung des neuen Weingesehensgesetzes zu verant-  
worten. Sie erklärte sich ferner dazu bereit, das Projekt eines  
Autorenabkommens im Lausus zu unterstützen, wenn die  
Stadt Wiesbaden direkten Anschluß an die Rheinschiff erhalten.

Offenbach, 12. Febr. In der heutigen Schöff-  
gerichtsverhandlung wurde der politische Redakteur der  
„Offenbacher Zig.“ Adolf Gradwurm, der von dem Vorstand  
des Deutschen Metallarbeiterverbandes in Stuttgart der Be-  
leidigung angeklagt worden war, aufgrund des Schutzes des  
Paragra. 193 freigesprochen.

Stuttgart, 12. Febr. Der Landtagsabgeordnete für  
Stuttgart, Klotz, ist heute früh in Hamburg, wo er an einem  
Wagenleiden erkrankt war, im Alter von 80 Jahren gestor-  
ben. Klotz war früher Reichstagsabgeordneter für Stuttgart.

Bonn, 12. Febr. Als Nachfolger des am 1. April  
d. J. von seinem Lehramt und als Leiter des Pharmakologi-  
schen Instituts an der hiesigen Universität zurücktretenden  
Scheimrat Prof. Dr. Bing sollen die Herren Prof. Got-  
lieb in Heidelberg, Dr. Dresler in Elberfeld und Prof.  
Leo in Bonn in Betracht kommen, bezw. in Vorschlag gebracht  
worden sein. — Die hiesige Universität dürfte evtl. noch einen  
weiteren Verlust erleiden, wenn es sich bewahrheiten sollte,  
daß auch der frühere Bonner Professor der Chirurgie Geheim-  
rat Trendelenburg in Leipzig zurücktreten will und  
Scheimrat Prof. Dr. Carré in Bonn als Nachfolger erwählt  
werden soll.

Berlin, 12. Febr. Hier ist ein Komitee zur Gründung  
eines deutsch-französischen Vereins zur Förderung  
der Handelsbeziehungen in der Bildung be-  
griffen. Der Verein soll H. Br. Jg. in Berlin und Paris Ge-  
schäftsstellen besitzen.

Berlin, 12. Febr. Prinz Eitel Friedrich  
ist von seiner Reise nach Lissabon heute früh von Paris kom-  
mend, hier wieder eingetroffen.

Hamburg, 12. Febr. Der Senat veröffentlicht die Be-  
dingungen des Preiswettbewerbens zur Gewinnung von Ent-  
würfen für den projektierten Stadtpark. An dem Wettbe-  
werb können deutsche Künstler ohne Rücksicht auf ihren Wohn-  
ort im Inlande oder im Auslande teilnehmen. Ausgereicht sind  
ein erster Preis von 10000 Mark, zwei zweite von je 6000 Mark  
und zwei dritte von je 4000 Mark. Weitere Entwürfe können  
zum Preise von je 1500 Mark angekauft werden.

Döberitz, 12. Febr. (Truppenübungsplatz). Der  
Kaiser traf mit Gefolge, im Automobil kommend, um  
9 Uhr hier ein und wohnte einer Uebung mit gemischten Waf-  
fen unter der Leitung des Generalmajors Grafen zu Dohna,  
an der je zwei Bataillone der Regimenter „Alexander“ und  
„Franz“, das erste Garde-Mannregiment und je eine Eskad-  
ron der übrigen Garde-Kavallerie-Regimenter teil-  
nahmen, bei.

Konstantinopel, 12. Febr. Deyseken aus Wan  
melden, daß in der dortigen armenischen Kirche eine große An-  
zahl von Mitter mit Waffen und Patronen sowie Dynamit ent-  
deckt wurden. Als türkische Soldaten diese Mitter fortzuschaffen  
wollten, wurden sie von armenischen Revolutionären an-  
gegriffen. Es entstand ein heftiger Kampf, bei dem im  
armenischen Quartier großer Schaden angerichtet und eine große  
Anzahl Menschen umgekommen sein soll.

Newport, 12. Febr. Die Primarwahlen in Ohio  
ergaben H. Br. Jg. eine fast einstimmige Mehrheit für  
Taft. Senator Foraker deutete an, er werde das Resultat im  
Nationalkongress anfechten.

Newyork, 12. Febr. Der feierliche Direktor der Re-  
tropolitanoper, Conried, ist von seinem Posten zurückge-  
treten. In seinem Nachfolger ist Gatti-Casazza vom Mailänder  
Teatroverdi, zum Verwaltungsdirektor Andreas Doppel ernannt  
worden.

Aus dem Flottenverein.

Berlin, 11. Febr. In Verfolg der persönlichen und  
organisatorischen Veränderung in der Leitung des Flotten-  
vereins wird, wie die „Deutsche Zig.“ erfährt, demnächst Kor-  
vettenkapitän Linder, früher im Reichsmarineamt, das  
Amt eines Geschäftsführers des Flottenvereins über-  
nehmen. Linder ist nach seinem Abschied aus der Marineauf-  
bahn in den Dienst des Flottenvereins noch unter dem Präsi-  
dium des Generals Reim eingetreten, als die Krise erst im  
Entstehen war.

Neurentlich's Balkanprogramm.

Wien, 11. Febr. Die Auslassungen der Neuen Freien  
Presse über die russische und die französische Areshpolemik gegen  
Neurentlich's Balkanprogramm bezeichnet man hier mahgebenden  
Dris laut „Köln. Zig.“ trotz ihres wichtigsten Anspuchs  
als eigene Arbeit.

Man nimmt hier jene Polemik keineswegs ernst, da man  
ihre trüben Quellen sehr wohl kennt. Von einer Ueberrump-  
lung bestimmter Regierungen kann durchaus nicht gesprochen  
werden, denn Neurentlich's Projekt wurde bereits drei Wochen  
vor seinem Erscheine gleichzeitig den Kabinetten von Petersburg,  
Berlin und Rom mitgeteilt.

Das neue Portugal.

Lissabon, 11. Febr. Der König Manuel und die  
Königin Amalie reisen in kurzen nach Oporto und schlagen die  
Reisensitz für mehrere Monate auf Schloß Pena auf. Der Mini-  
sterrat genehmigte in seiner gestrigen Abend Sitzung das vom  
Justizminister aufgearbeitete Dekret über die Begnadigung der  
Marinemannschaften. Die der Regenerationspartei angehö-  
renden Mitglieder des Ministeriums beschloßen, ihre politischen  
Glaubensgenossen anzuweisen, der Regierung als Vertreterin  
der monarchischen Konzentration bei den bevorstehenden Par-  
lamentwahlen eine bedingungslose Unterstützung zuteil  
werden zu lassen. Es verläutet, daß die aufgelöste Kammer bis  
zum 20. Februar zusammenzutreten werde, um dem Könige den  
Huldigungsseid zu leisten.

Lissabon, 11. Febr. Sobald König Manuel den Eid  
auf die Verfassung abgelegt hat, sollen die Cortes eröffnet  
werden. Es ist der Wille des Königs, daß die neuen Cortes  
tatsächlich aus den Vertrauensmännern des Volkes und nicht aus  
Regierungskandidaten zusammengeleitet werden. Bei der Umge-  
staltung der Polizeiverwaltung sollen die Kommissare nicht mehr  
aus dem Militär, sondern aus dem Abildstand gewählt werden.

Aus dem englischen Unterhause.

London, 12. Febr. In der Abendsitzung brachte George  
Caird, Liberal, eine Resolution ein, welche die Aufmerksamkeit  
auf die Verhältnisse der Eisenbahnen lenkt und darauf hinweist,  
daß im Hinblick auf die Klagen wegen der  
Fahrpreise und der Verkehrsverhältnisse die Zeit gekommen  
sei, um zu erwägen, inwiefern diesen Uebelständen Abhilfe ge-  
bracht werden könne durch Ankauf der Eisenbahnen durch den

Staat. Handelsminister Lloyd George erwiderte, die Frage  
der Verstaatlichung der Eisenbahnen sei kein Teil des sozialisti-  
schen Programms. Alles zu verstaatlichen, sei eine Geschäft-  
frage. Der Mann, der in Preußen die Eisenbahnen verstaat-  
lichte, sei ein Mann gewesen, der den Sozialis-  
mus bekämpfte. Bismarck sei nicht Mitglied der Arbeitspartei  
gewesen. (Heiterkeit.) Die Verstaatlichung der Eisenbahnen in  
Preußen sei ein richtiger Erfolg gewesen. Die Eisenbahnen seien  
eine wirksamere Waffe zur Bekämpfung der ausländischen In-  
dustrie, als die Tarife. (Beifall.) Indem er der Verwirklichung der  
englischen Eisenbahnen keine Anerkennung sollte, wies er auf die  
Mißstände des gegenwärtigen Systems hin und versproch, eine  
Untersuchung vorzunehmen zur Lösung der Frage, inwiefern den  
in der Resolution erwähnten Uebelständen durch eine Aenderung  
des bestehenden Verhältnisses zwischen den Eisenbahnen und dem  
Staat abgeholfen werden könne. Die Weiterberatung wurde auf  
unbestimmte Zeit vertagt.

Spanien und Frankreich in Marokko.

Madrid, 12. Febr. Wie „El Mundo“ meldet, erhal-  
tete gestern Ministerpräsident Paura im Ministerrat Bericht  
über das Schreiben der spanischen Regierung, in der  
die spanische Regierung ersucht wird, sich in wirksamer Weise  
an den marokkanischen Angelegenheiten zu beteiligen durch die  
Entsendung eines Koningentes von etwas größerer Stärke  
als derjenigen, welche die spanischen Truppen in Casablanca  
darstellen. Die Minister hätten lange über den Gegenstand  
beraten und beschloßen, daß Spanien sich auch fernerhin dar-  
auf beschränken werde, die Polizei zu organisieren, mit welcher  
Aufgabe es mit Frankreich durch die Algecirasakte betraut  
worden sei. Vorstichtiger spricht sich „Geraldo“ aus, der das  
Bericht wiedergibt, daß zwischen Spanien und Frank-  
reich Meinungsverschiedenheiten beständen  
wegen der Aktion in Casablanca. „Geraldo“ glaubt zu wissen,  
daß Spanien in seiner Antwort auf die Note Frankreichs er-  
klärt, es müsse sich darauf beschränken, diejenigen Truppen zu  
entsenden, welche sein Vertreter in Marokko für notwendig  
erachte zur Erfüllung seiner Mission und im übrigen sich an  
die genaue Ausführung seines durch die Algecirasakte erteil-  
ten Mandates halten. In Anbetracht des außergewöhnlichen  
Interesses des Vorkalleses des Ministerrates habe der Minister-  
präsident die Führer der politischen Parteien davon in Kennt-  
nis gesetzt.

Deutscher Reichstag.

W. Berlin, 12. Februar.

Am Bundespräsident: Staatssekretär Dr. Rieberding.  
Der Präsident eröffnet die Sitzung um 1.30 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht die Fortsetzung der Beratung des  
Antrags von Richtigkeiten betr.

Bank- und Hinterlassenenversicherung der Privatbeamten.

Schäff (wirtsch. Bgg.) schließt sich den Ausführungen der  
Wgg. Stresemann und Wiska vom 8. Januar an, daß in den  
Anträgen der Privatbeamten so wenig Einigkeit herrscht. Die  
Zugehörigkeit der Versicherten diese unter keinen Umständen angetastet  
werden. Betreffs der oberen Grenze von 5000 M., wie sie von der  
Kommission empfohlen sei, meinte er, daß sie noch weiter, vielleicht  
bis 8000 M., zu ziehen sei; vielleicht wäre es noch richtiger, gar  
keine obere Grenze zu ziehen. Der Redner trat dann der Behaup-  
tung Wughans entgegen, daß die Handlungsgesellen sich unter dem  
gegenwärtigen Frontenversicherungsgeleiche ganz wohl fühlten.

Ausschlaggebend für die Lösung der Frage sei natürlich die  
Höhe der Beiträge, welche die Angestellten zahlen können. Die  
Unternehmer seien an ihrem Teile zu denselben Leistungen bereit.  
Auch der Mittelstand habe diese Bewegung freudig begrüßt und sie  
zu unterstützen beschloßen. Den Sozialdemokraten werde es nicht  
gelingen, diese Bestrebungen als gegen die Interessen gerichtet  
zu diskreditieren.

Bothhoff (frei. Ber.) spricht seine Genugtuung aus, daß  
es gelungen sei, hierbei die verschiedenen Elemente in den Handels-  
gesellschaftern zusammenzubringen. Seine Partei werde einstimmig  
für den Antrag stimmen. Eine einheitliche Versicherung sei un-  
vermeidlich, namentlich für die Hinterbliebenen. Wenn 10 Prozent  
Beitrag zu viel sei, so sollte der Beitrag schon von 4 bis 10 Prozent  
abgesetzt werden.

Die Versicherung müsse sich auf das ganze Reich erstrecken;  
in jedem Dorfe müsse eine Vertretung der Sonderklasse vorhanden  
sein. Den einheitlichen Bau der alten Alters- und Invaliden-  
versicherung wolle man nicht willkürlich niederreißen. Er  
wolle aber auch nicht, daß alle Handlungsgesellen über einen  
Namen geschoren würden. Sehr beharrlich sei es, daß die christ-  
lichen Gewerkschaften sich mit der Frage der Privatbeamtenhin-  
terbliebenen-Versicherung noch nicht beschäftigt haben. Redner  
bitte den Staatssekretär, bezüglich die Grundzüge eines Ver-  
sicherungsgeleiches nicht Zahlenmaterial vorzulegen.

Lehmann-Wiesbaden (Soz.) führt aus: Anstelle des  
Sparens des Einzelnen wolle man jetzt das Sparen der Gemein-  
heit sehen. Die verhältnismäßig schnelle Erreichung ihres Zieles  
verdanken die Handlungsgesellen der Unfersheit der eigenen  
Zukunft. Ich hoffe, daß die Kommission von dem Wunsche einer  
Sonderklasse abkommen wird. Die Arbeiter sollten sich solidarisich  
zeigen und für den Ausbau der Invaliditätsversicherung ein-  
treten. Die Sonderklassen bekämpfe seine Partei grundsätzlich.  
Damit schließt die Debatte.

Romans des Antragstellers konsultiert Pauli-Potsdam  
(konf.), daß die Antragsteller mit der Beratung des Antrags im  
Deufe sehr zufrieden sein können.  
Der Antrag wird fast einstimmig angenommen.

Berlin, 12. Febr. Budgetkommission  
des Reichstages. Edelbour (Soz.) bringt eine Be-  
schwerde zur Sprache, nach der ein Deutscher bei Santa  
Catarina einen Monat hindurch in Haft gehalten wurde,  
weil er eine auf seinem Besitztume ohne seine Erlaubnis er-  
baute Eisenbahn zerstört hatte. Staatssekretär von Schön  
erwidert ihm zu diesem Falle, daß der Deutsche, wie es scheint,  
sich eines Vergehens schuldig gemacht habe, es sei aber eine  
amtliche Auffklärung eingefordert worden, jedoch noch nicht  
eingegangen. Jedenfalls sei von unserer Behörde in diese  
Sache nichts veräußert worden. Auf die Anfrage Dr.  
Wiemers (fri. Sp.) wegen des Osee- und Noche-  
abkommens erklärt Staatssekretär v. Schön, es handle  
sich bei dem Oseeabkommen im Gegenfats zu mehreren  
Behauptungen der ausländischen Presse in keiner Weise um  
Schaffung eines mare clausum. Dieser Gedanke sei nie er-  
wogen worden. Es handle sich um die Erhaltung des Status  
quo und feierliche Versicherungen der beteiligten Staaten, an  
dem gegenwärtigen Stande in keiner Weise zu rütteln, was  
hoffentlich ein wesentliches Moment der allgemeinen Festigung  
und Sicherung des Friedens sein werde.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Kirchen-Konzert. Wie wir hören, veranstaltet der evang. Kirchenchor der Pauluskirche...

Eine Schüleraufführung der Söhne von Schuler's Klavier-Klassen findet am 17. Februar im Kohnsaal statt.

Von der Universität in Heidelberg. Fräulein Clementine Strajc...

Schulnachrichten. Professor Dr. Schürer in München hat seine Vorlesungen über Dogmengeschichte eingestellt.

Schulnachrichten. Professor Dr. Erhard Korn wird die Münchener Universität demnach verlassen.

Mahlers Sekundant in Newyork. Aus Mailand wird gemeldet: Nach langer Unterhandlung...

Eugen Alberts Oper „Die Land“ wurde bei ihrer Erstaufführung in München...

Felix Weingartner, der neue Direktor der Wiener Hofoper, hat sich bereits die Uganade der Wiener angezogen.

Volkswirtschaft.

Der Reichsbankausweis

Vom 10. Februar hat in seinen Ziffern ein wesentlich günstigeres Bild als sein Vorgänger vom 31. Januar.

Dah die fertigeicht anhaltende amerikanische Krise der Hauptfaktor der wenig günstigen Konjunktur unserer Industrie ist...

Diese Zahlen reden für sich. Dann kommt aber noch das Verhalten der Kräfte...

lichen Niedergang, der seinen Höhepunkt noch nicht erreicht haben soll...

Kolonialweric.

(Bericht von Magnus u. Friedmann, Sonderabteilung: Kolonialkom. Hamburg.)

Von ostafrikanischen Werten hielt das bereits in den letzten Wochen seitliche Angebot von Deutschen Agenden...

Von der Reichsbank. Wegen der Geldknappheit gibt die Reichsbank den Barabnehmer Bijouteriefabriken...

In der Fingerringbranche macht sich gegenwärtig eine Zentralisierung bemerkbar.

Die Münchener Baumwollspinnerei vorm. A. Nachdruck in München...

Die mechanische Baumwollspinnerei und Weberei in Kautzen bringt nach M. 90.000 ordentlichen und M. 100.000 außerordentlichen Abschreibungen...

Kongos Spinnereien und Webereien A.G. in Oberkirchen. Die Gesellschaft erzielte einen Bruttoertrag...

Neues vom Dividendenmarkt. Die Medienburgische Anfechtungs-Gesellschaft A.G. zu Schwerin...

Neue Insolvenzen. Die Möbelfabrik Ernst E. H. in E. in Berlin hat ihre Zahlungen eingestellt.

Deutsche Telephonwerke Städt. n. Co. G. m. b. H. in Berlin. Die Gesellschaft hat ihr Verlonal Netz reduzieren müssen.

Patenterteilung für ein neues Hörrohr. Vom kaiserlichen Patentamt Berlin wurde laut Reichsanzeiger...

Patenterteilung für ein neues Hörrohr. Vom kaiserlichen Patentamt Berlin wurde laut Reichsanzeiger...

Patenterteilung für ein neues Hörrohr. Vom kaiserlichen Patentamt Berlin wurde laut Reichsanzeiger...

Patenterteilung für ein neues Hörrohr. Vom kaiserlichen Patentamt Berlin wurde laut Reichsanzeiger...

Patenterteilung für ein neues Hörrohr. Vom kaiserlichen Patentamt Berlin wurde laut Reichsanzeiger...

Patenterteilung für ein neues Hörrohr. Vom kaiserlichen Patentamt Berlin wurde laut Reichsanzeiger...

viele Schwerhörige werden wird, ist auch bereit in fast allen europäischen Kulturstaaten vor Anschaffung gefordert.

Die Errichtung einer Lederbörse in Berlin wird in den Kreisen des Berliner Lederhandels angestrebt.

Vom Zuckermarkt. Aus Magdeburg wird berichtet: Die seit Samstag eingetretene matte Tendenz auf dem Zuckermarkt...

Eine Minimalprovision soll, wie aus Berlin gemeldet wird, zwischen den Großbanken und den größeren Provinzbanken vereinbart werden.

Eine russische Anleihe im Herbst. Die Meldungen über die neue russische Anleihe treten immer positiver auf.

Neues aus Amerika. Gegen den Bankier Charles B. Morse hat der zur Untersuchung des Geschäftsgabens der Banken eingeleitete besondere Gerichtshof Anklage wegen Großdiebstahls erhoben.

(Telegraphische Handelsberichte siehe 6. Seite.)

Frankfurter Effektenbörse.

Telegramme der Continental-Telegraphen-Compagnie.

Table with exchange rates for various locations including Amsterdam, Berlin, London, and Paris.

Table with stock market data for various companies and sectors, including Deutsche Bank and others.

Table with industrial stock market data for various companies like Bad. Anilin- und Soda-Fabrik.

Table with railway and transport stock market data for various companies like Preussische Staatseisenbahn.



Wohnung: 50 Pfennig monatlich, Krögenstraße 10 Pfennig. Durch die Post bezogen incl. Postzuschlag R. 1.91 pro Quartal.

# Mannheimer Journal

Inserate: Die Kolonial-Zeile . . . 85 Hg. Kundwärtige Inserate . 80 Die Reklame-Zeile . . 1 Mark

Telephon: Redaktion Nr. 377. **Amts- und Kreisverordnungsblatt.** Expedition Nr. 218. Nr. 26, Mittwoch, den 12. Februar 1908. 118. Jahrgang.

**Bekanntmachung.** Die Bekanntmachung der...  
Nr. 13999/11. In Sachen...  
der letzten Jahre, insbesondere aber des vergangenen Jahres ist auf öffentlichen Straßen von wahlberechtigten Personen eine Reihe...  
Mannheim, 10. Febr. 1908.  
Großh. Bezirksamt Abt. 4  
Vpprich i. m. r.

**Bekanntmachung.** Die Bekanntmachung der...  
Nr. 14233/1. Wir bringen...  
Mannheim, 10. Febr. 1908.  
Großh. Bezirksamt Abt. 4  
Vpprich i. m. r.

**Handelsregister.**  
Zum Handelsregister A wurde heute eingetragen:  
1. Band VI, D. S. 49, Firma „Gebrüder Beiten“ in Mannheim; Theodor Beiten, Kaufmann in Mannheim, ist mit Wirkung vom 1. Februar 1908 als persönlich haftender Gesellschafter in die Gesellschaft eingetreten; mit Wirkung vom gleichen Tage ist Joseph Beiten aus der Gesellschaft ausgeschieden.  
2. Band VI, D. S. 57, Firma „Eber & Co.“ in Mannheim, Jean Reicher, un- Karl Gaas, beide in Mannheim, sind zu Kommissionsprokuristen bestellt.  
3. Band VII, D. S. 156, Firma „Julius Esslinger“ in Mannheim, die Firma ist erloschen.  
4. Band XI, D. S. 207, Firma „Geinrich Agt“ in Mannheim, die Gesellschaft ist mit Wirkung vom 31. Januar 1908 aufgelöst und das Geschäft mit Aktien und Papiereisen und samt der Firma auf den Geschäftsführer Friedrich Agt als alleinigen Inhaber übergegangen.  
5. Band XII, D. S. 221, Firma „Friedrich Staudinger“ in Mannheim, die Firma ist erloschen.  
6. Band XIII, D. S. 70, Firma „Leonhard & Scheuermann“ in Mannheim, die Gesellschaft ist mit Wirkung vom 1. Februar 1908 aufgelöst und das Geschäft mit Aktien und Papiereisen und samt der Firma auf den Geschäftsführer Friedrich Agt als alleinigen Inhaber übergegangen.  
7. Band XIII, D. S. 95, Firma „Georg Jacob“ in Mannheim, Seidenbühnenstraße 94, Inhaber: Dr. Georg Jacob, Kaufmann in Mannheim, Geschäftszweig: Spiel- und Detektivgeschäfte.  
8. Band XIII, D. S. 96, Firma „Johann Scheuermann“ in Mannheim, B. 2, 14, Inhaber: Johann Wilhelm Scheuermann, Kaufmann in Mannheim, Geschäftszweig: Kantinen- und Conditorengeschäfte.  
9. Band XIII, D. S. 97, Firma „Renner & Koch“ in Mannheim, Unterwallstraße 43, Offene Handlungsgesellschaft für Kaminbau und Feuerungsanlagen.  
10. Band XII, D. S. 184, Firma „Vater- und technisches Bureau“ Ingenieur Heinrich Kraus in Mannheim. Die Firma ist erloschen.  
Mannheim, 8. Febr. 1908.  
Gr. Amtsgericht I.

**Konkurs-Verfahren.**  
Nr. 1348. Ueber das Vermögen des Ludwig Gorn, Inhaber der Firma Ludwig Gorn in Mannheim, M. 4, 7 wurde heute vormittag 12 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.  
Zum Konkursverwalter ist ernannt: Rechtsanwalt Dr. Hartmann in Mannheim.  
Konkursforderungen sind bis zum 6. März 1908 bei dem Gericht anzumelden. 12139  
Zugleich wurde zur Befriedigung über die Masse eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintrittenden Falles über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf:  
Freitag, den 6. März 1908, vormittags 11 Uhr  
sonst zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf  
Freitag den 20. März 1908, vormittags 11 Uhr  
vor dem Großh. Amtsgericht Abt. 13, 1. Obergesch., Zimmer Nr. 113, Saal C, Termin anberaumt.  
Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas fordern, ist anzuzeigen, nichts an den Gemeindefiskus zu verpfänden oder zu stellen, auch die Verpfändung aufrecht zu dem Besten der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 6. März 1908 Anzeige zu machen.  
Mannheim, 10. Febr. 1908.  
Der Gerichtsschreiber  
Gr. Amtsgericht Abt. 13.  
A. Pfeiff.

**Arbeitsvergebung.**  
Beim Neubau eines Landgefängnisses in Mannheim sind die Verputzarbeiten zum Verwaltungskollegium, zur Centralhalle, zu den Zeilenhäusern I u. IV, zum Tabaklager und zum Wirtschaftsgebäude nach Maßgabe der Verordnung des Finanzamts in Karlsruhe vom 3. Januar 1907 in öffentlicher Verdingungsbehandlung, der die etwa erdienenen Bieter anzuzeigen, zu vergeben.  
Angebote, welche auf unserem Büro (Lager 1) von 8-12 Uhr vorm. erhältlich sind, zu gleichen Zeit sind die Pläne, die allgemeinen und besonderen Verdingungsbedingungen, sowie die Bauausführungspäneberechtigt einzusehen.  
Die Angebote, welche für jeden Bau in besonderem Couvert verpackt und portofrei einzureichen sind, werden am  
5. März 1908  
vormittags 10 Uhr  
eröffnet. In mit einlaufende Angebote oder solche, welche den Submissionsbedingungen nicht entsprechen, bleiben unentgeltlich.  
77299  
Anfangsfrist 4 Wochen.  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Die Bauleitung:  
Luce,  
Gr. Bauinspektor.

**Maß der zulässigen Bebauung:**  
Die Grundstücke dürfen bis 40% ihres Flächenraumes mit Baulichkeiten besetzt werden.  
**Anzahl der Stockwerke:**  
Die Zahl der Stockwerke im Sinne des § 91 der Mannheimer Bauordnung ist einschließlich des Erdgeschosses auf zwei beschränkt. Aufgeben ist die Erstellung von Aufbauten räumen im Dachgeschoss und im Souterrain zulässig; im letzteren jedoch nur, wenn der Fußboden der Erdgeschosse nicht höher wie 1,5 m über dem Giebelbalken liegt.  
**Höhe der Gebäude:**  
Die Gebäude einschließlich des Hauptgeschosses dürfen höchstens das Maß von 10 m über Straßenhöhe erreichen. Die Errichtung von Mansardendächern ist gestattet, sofern deren Flächenwinkel nicht größer als 60° ist. Einzelne örtliche Aufbauten wie Dachgauben oder Giebelaufbauten, Erker oder Turmanbauten können von der Bauaufsichtsbehörde im Einverständnis mit dem Stadtrat zugelassen werden.  
**Höhenlage der Gebäude und Höfe:**  
Die Vorgärten sind auf Straßenhöhe anzufüllen. Die Höhenlage für Hof und Garten ist das Maß von 2 m unter Straßenhöhe genau einzubalten.  
**Rückseite der Gebäude:**  
Die Straßen- und Hofseiten der als Maßstabanten anzuführenden Gebäude sind in geistlicher Weise auszubilden, jedoch die den Charakter der bürgerlichen Wohnbauten erhaltend. Einzelne architektonische wie zum Beispiel Erkander, Erker, Balkone, Vordächer dürfen in Holz ausgeführt werden. Die Vorlage sämtlicher Fassadenzeichnungen im Maßstab von mindestens 1:50 in dreifacher Fertigung hat bei der Einreichung des Baugesuches zu erfolgen; gleichzeitig ist die Art der Ausführung sämtlicher Fassaden, sowie das zur Ausführung genutzte Material zu bezeichnen.  
**Einfriedigungen:**  
Die Einfriedigung der Grundstücke an der Straßenseite darf nicht über 2 m hoch werden. Sie hat durch gefällige eiserne oder hölzerne Geländer auf steinernen Sockeln zu geschehen. Für einzelne Lär- und Weilerstücke kann durch die Bauaufsichtsbehörde im Einverständnis mit dem Stadtrat ausnahmsweise eine Erhöhung über 2 m, sowie auch die Verwendung anderer Materialien gestattet werden. Die Einfriedigung der Grundstücke im Hof und Garten hat mittels eines höchstens 2 m hohen durchbrochenen Gittergitters aus Eisen oder Holz zu erfolgen. Zeichnungen über die Geländer im Maßstab 1:100 in dreifacher Fertigung sind längstens bis zur Vollendung des Grundbaues der Bauaufsichtsbehörde vorzulegen.  
**Das Baugesuch, sowie sämtliche angelegten Pläne, Zeichnungen, Beschreibungen und Nachweise sind in dreifacher Fertigung einzureichen.**  
Diese Vorschrift tritt am Tage ihrer Verkündung in Kraft.  
Mit dem gleichen Tage tritt die architektonische Vorschrift vom 28. April 1904 „die Bebauung des Gebietes der östlichen Stadtteile von Mannheim“ für das durch oben stehende Vorschriften betroffene Gebiet außer Kraft.  
Mannheim, den 17. Januar 1908.  
Großh. Bezirksamt — Abteilung V.  
ges. Besingert.  
Nr. 5560 I.  
Dies bringen wir hiermit zur allgemeinen Kenntnis.  
Mannheim, den 8. Februar 1908. 51187  
Bürgermeisteramt:  
Martin.

**Anordnung.**  
a) Gemäß §§ 50 und 59 des...  
b) Gemäß § 50 des...  
c) Die vorstehenden...  
d) Die Baugesellschaft...  
Mannheim, 6. Februar 1908.  
Großh. Bezirksamt  
Polizeidirektion:  
Dr. Klein.

**Handelsregister.**  
Zum Handelsregister B, Band II, D. S. 30, Firma „Papier-Export-Manufaktur“ mit beschränkter Haftung in Mannheim, wurde heute eingetragen: Die Prokura des Julius A. nunge ist erloschen. Theodor Wopp, Mannheim, ist als Prokurist bestellt und berechtigt, in Gemeinschaft mit einem Geschäftsführer die Gesellschaft zu vertreten und die Firma zu vertreten. Durch den Verlust der Prokura des Julius A. nunge vom 10. Januar 1908 ist § 8 des Gesellschaftsvertrages aufgehoben, § 5 des Statutes über § 7 mit 6 und § 8 mit 7 geändert worden. Die Bestellung der Geschäftsführer erfolgt durch die Gesellschaft. Sind mehrere Geschäftsführer bestellt, so wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer oder durch einen der Geschäftsführer und einen Prokuristen vertreten. Rudolf Höcher ist als Geschäftsführer der Gesellschaft ausgeschieden. Julius Banninger in Mannheim ist als weiterer Geschäftsführer der Gesellschaft bestellt.  
Mannheim, 7. Febr. 1908.  
Gr. Amtsgericht I.

**Handelsregister.**  
Zum Handelsregister B, Band III, D. S. 36, Firma „Borchwerkelt Geleisen Gesellschaft“ mit beschränkter Haftung in Schilbesheim wurde heute eine Veränderung der Gesellschaft in Schilbesheim wurde heute eine Veränderung der Gesellschaft in Schilbesheim wurde heute eine Veränderung der Gesellschaft in Schilbesheim...  
Mannheim, 8. Febr. 1908.  
Gr. Amtsgericht I.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Bekanntmachung.**  
Die öffentliche Auflegung des Baugesuches...  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Der Synagogenrat  
Stadheim.

**Son ausgetretenen Personen**  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Städt. Polizeiamt.  
Doll. an.

**Son ausgetretenen Personen**  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Städt. Polizeiamt.  
Doll. an.

**Son ausgetretenen Personen**  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Städt. Polizeiamt.  
Doll. an.

**Son ausgetretenen Personen**  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Städt. Polizeiamt.  
Doll. an.

**Son ausgetretenen Personen**  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Städt. Polizeiamt.  
Doll. an.

**Son ausgetretenen Personen**  
Mannheim, 11. Febr. 1908.  
Städt. Polizeiamt.  
Doll. an.

